

## NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung (Sondersitzung) des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	15.12.1999
von:	14.00 Uhr
bis:	15.05 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

**Anwesend waren:**

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -  
Stv Boller, Joachim  
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen  
Stv Elter, Uwe  
Stv Fries, Traute  
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Gunter  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schulte, Werner  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

Stv Wunderlich, Horst

III. Vom Personalrat:

StAl Müller

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune

Städt. VD Mengel  
Städt. VR Weber  
VA Sauerland  
Städt. BD Bonstein  
Dipl.-Ing. Pucker  
VA Röcher  
StAR Dorsch  
StOI Kölsch, L.  
StAR Münker - als Schriftführerin -

## A      ÖFFENTLICHE SITZUNG

1.      **Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Boller bestimmt.

3. HFA 15.12.1999

2.      **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.1999**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. HFA 15.12.1999

3.      **Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

3. HFA 15.12.1999

4.      **Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

3. HFA 15.12.1999

5.      **9. Änderung zu Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 03. Januar 1990**

Vorlagenr. 109/99 - Vorlage vom 17.11.1999

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen mit Wirkung vom 01. Januar 2000.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

3. HFA 15.12.1999

## 6. Straßenreinigung in der Stadt Siegen

### I. Straßenreinigungskonzept

### II. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998; hier: 6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 51/99 - Vorlage vom 09.11.1999

dazu:

- Beschlussempfehlung des Fachausschusses
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Stellungnahme des Personalrates

Herr Dr. Stötzel weist darauf hin, dass nach der Beschlussempfehlung des Fach-ausschusses Standardverbesserungen mit zusätzlichen Leistungen erreicht werden sollen. Ein Teil der Mehrkosten für diese Leistung geht jedoch zu Lasten des städtischen Haushaltes und somit auch zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, die nicht an der Straßenreinigung bzw. am Winterdienst partizipieren. Es bedarf nach Auf-fassung der SPD-Fraktion einer klaren Festlegungen des Gemeininteressenanteils und des Anteils für den Gebührenzahler selbst.

Herr Schiemer führt aus, dass die Frage der Ergänzungslängen in den vergangenen Jahren hinreichend diskutiert wurde und mehrheitlich eine Festlegung erfolgte. Da die Rechtslage unverändert, ist in diesem Punkt kein Handlungsbedarf erkennbar. Es ist Ziel der CDU-Fraktion, eine moderate Gebührenerhöhung zu erreichen. Ein wesentliches Element des Vorschlages ist dabei die erste Stufe des Straßenreini-gungskonzeptes der Verwaltung. Für die nächsten Jahre sind auf der Grundlage vorzulegender Umsetzungs- und Sachstandsberichte der Personal- und Mittelbedarf zu analysieren und dann die weiteren Schritte des Konzeptes zu diskutieren.

Herr Siebel bemängelt, dass aus Zeitgründen keine intensivere Diskussion über die einzelnen Punkte möglich ist. Er wird dem Konzept nicht zustimmen, da der Umfang der Gebührenerhöhung seines Erachtens nicht auf der Grundlage des Ist-Zustandes einschl. Analyse und Bewertung basiert.

Darüber hinaus muss zum einen die Frage der Fremdvergabe nicht erst nach einer Gebührenerhöhung im nächsten Jahr geprüft werden. Zum anderen gibt es zahl-reiche Fälle, wo die Stadt aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ihrer Reinigungs-pflicht nicht nachkommen kann.

Er beantragt daher, das Straßenreinigungskonzept auf diese Punkte hin kritisch zu überprüfen und die Reinigungspflicht schrittweise an den Bürger abzugeben. Dann wird auch die Frage des Personalbedarfs anders zu beurteilen sein.

Die F.D.P.-Fraktion wird einer moderaten Gebührenerhöhung zustimmen, so Herr Walter. Auch er vertritt die Auffassung, dass die Reinigungspflicht teilweise an den Bürger zurückgegeben werden sollte, vermisst aber im Konzept die Einrechnung von Maschinen- und Lohnkosten.

Herr Boller sieht einen Konsens darin, die Leistungen der städt. Straßenreinigung zu verbessern. Es ist auch unstrittig, dass die Kosten auf die Bürgerinnen und Bür-ger umgelegt werden müssen. Es sieht lediglich einen Entscheidungsspielraum in der Höhe des Anteils für den städtischen Haushalt, der im Grunde von allen finan-ziert wird.

Der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt das Ergebnis des Arbeitskreises Abfallwirtschaft wieder. Ein Unterschied besteht lediglich bei der Frage „Arbeit statt Sozialhilfe“. Seine Fraktion vertritt die Auffassung, dass bei Mehrleistungen auch entsprechende Stellen zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine Fremdvergabe trägt nicht zu einer Lösung des Problems bei.

Das Verursacherprinzip kann bei der Gebührenaufteilung seines Erachtens in den meisten Fällen nicht zu Grunde gelegt werden, da die eigentlichen Verursacher in der Regel nicht fassbar sind.

Herr Brune hält fest, dass in den vergangenen Jahren die festgelegte Reinigungs-leistung nicht mit dem vorhandenen Personal erbracht werden konnte. Die Verwal-tung schlägt daher vor, schrittweise eine Qualitätsverbesserung zu einem kosten-deckenden Preis zu erreichen. Der Antrag der CDU-Fraktion hat jedoch zur Folge, dass die Stadt Siegen hinter dem Anfang 1999 beschlossenen Kostendeckungsgrad zurückbleibt und darüber hinaus ein Betrag von rd. 160.000,00 DM zusätzlich be-reitgestellt werden muss.

Verwaltungsseitig wurde zugesagt, das Konzept im Jahr 2000 kritisch zu betrachten und in diesem Zusammenhang auch das Straßenverzeichnis zu überprüfen.

Herr Baumeister ergänzt, dass die Verwaltung bereits vor einem Jahr als Haushalts-sicherungsgemeinde gehalten war, die höchstmöglichen Kalkulationsgrundlagen auszuschöpfen. Im Rahmen der Diskussion erfolgte eine Verständigung dahingehend, für eine moderate Gebührenerhöhung in drei Schritten vorzugehen. Der heute unterbreitete Vorschlag hat jedoch keine Verbesserung des Kostendeckungs-grades zur Folge sondern führt zu Mehrkosten für den städtischen Haushalt. Vor

dem Hintergrund der Handlungsempfehlungen für Haushaltssicherungsgemeinden kann er ein solches Vorgehen nicht befürworten.

Zu I Ziffer 3 des Antrages merkt Herr Dr. Stötzel an, dass durch den Einsatz von Sozialhilfeempfängern keine Einsparungen im Personalkostenbereich zu erwarten sind, da nach dem BSHG nur zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten von diesem Personenkreis übernommen werden dürfen. Fehlendes Personal wird dadurch nicht zu ersetzen sein.

Herr Dreisbach merkt an, dass bereits 1997/98 um eine frühzeitige Vorlage der Gebührenkalkulation gebeten wurde. Seinerzeit wurde deutlich gemacht, dass der Stadtanteil auf 15% festgelegt und die Ergänzungslängen aus den oft diskutierten, bekannten Gründen nicht eingerechnet werden sollten. Seitens der Verwaltung wurden in diesem Jahr keine neuen Erkenntnisse für eine Änderung vermittelt.

Herr Stötzel sagt zu, verwaltungsseitig den Hinweis von Herrn Siebel auf Über-prüfung der Reinigungsbezirke und des Straßenverzeichnisses im Rahmen des Prüfauftrages zu berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion schlägt in Abänderung ihres Antrages und somit der Beschluss-empfehlung des Fachausschusses vor, so Herr Schiemer, den städtischen Anteil für den Winterdienst entsprechend dem Anteil für die Straßenreinigung festzulegen.

#### Fazit:

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses stimmen mehrheitlich dem Antrag des Bürgermeisters auf Übergang zur Tagesordnung zu.

3. HFA 15.12.1999

7.        **Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998;**  
          **hier: 6. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 52/99 - Vorlage vom 09.11.1999

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 6. Ände-rungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998 unter Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

3. HFA 15.12.1999

8.        **Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Siegen;**  
          **hier:    Abschluss eines Vertrages für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2004**

Vorlagenr. 160/99 - Vorlage vom 30.11.1999

Herr Mues berichtet, dass im Fachausschuss im Wesentlichen die Frage einer Öffnungsklausel im Vertrag diskutiert wurde mit dem Ergebnis, dass über den bis zum Jahr 2004 festgelegten Betrag hinaus keine Zahlungen geleistet werden sollen.

Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Verbraucherberatungsstelle selbst aufgefordert ist, Überlegungen zu Kostenreduzierungen anzustellen. Der Ausschuss schlägt daher vor, im Vertragsentwurf den letzten Absatz des § 5 zu streichen.

Darüber hinaus wurde die auf Seite 3 (Absatz 4) der Vorlage angeführte Deckung des Fehlbetrages aus Drittmitteln erörtert. Da einerseits keine Finanzierung aus Drittmitteln garantiert werden kann und andererseits bei entsprechendem Mittelzufluss dies zu Lasten anderer Bereiche gehen könnte, wurde dies abgelehnt.

Da diese Formulierung nicht Vertragsgegenstand ist, hat der Fachausschuss nicht gesondert darüber abgestimmt.

Herr Boller merkt an, dass die Öffnungsklausel sich auf einen Anstieg der Fallzahlen bezieht und nur einen Verhandlungsauftrag beinhaltet. Es ist daher unschädlich, die Formulierung beizubehalten. Es ist für ihn auch nicht nachvollziehbar, wie bei steigenden Beratungszahlen Einsparungen vorgenommen werden sollen.

#### **Beschlussvorschlag (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt zum Erhalt der Verbraucherberatungsstelle Siegen den Abschluss eines Vertrages für die Zeit vom 01.01.2000 bis 31.12.2004. Für die sich daraus ergebenden Zahlungsverpflichtungen werden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes im Verwaltungshaushalt bei Haushaltsstelle 1.791.7170.8 ab dem Jahr 2000 für die Dauer von fünf Jahren jährlich Mittel in Höhe von 80.000,00 DM (40.903 EURO) bereitgestellt.

Der letzte Satz des § 5 des der Vorlage beigefügten Entwurfes eines Vertrages zwischen der Stadt Siegen und der Verbraucherzentrale NW wird ersatzlos gestrichen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**

3. HFA 15.12.1999